

No. 36200

**Germany
and
Ukraine**

Agreement between the Government of the Federal Republic of Germany and the Cabinet of Ministers of the Ukraine on the mutual protection of classified information (with annex). Bonn, 29 May 1998

Entry into force: *11 March 1999 by notification, in accordance with article 14*

Authentic texts: *German and Ukrainian*

Registration with the Secretariat of the United Nations: *Germany, 15 October 1999*

**Allemagne
et
Ukraine**

Accord entre le Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne et le Cabinet des ministres de l'Ukraine sur la protection mutuelle de l'information classifiée (avec annexe). Bonn, 29 mai 1998

Entrée en vigueur : *11 mars 1999 par notification, conformément à l'article 14*

Textes authentiques : *allemand et ukrainien*

Enregistrement auprès du Secrétariat des Nations Unies : *Allemagne, 15 octobre 1999*

[GERMAN TEXT — TEXTE ALLEMAND]

Abkommen
zwischen
der Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und
dem Ministerkabinett der Ukraine
über
den gegenseitigen Schutz von Verschlusssachen

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und
das Ministerkabinett der Ukraine

in der Absicht, den gegenseitigen Schutz aller Verschlusssachen zu gewährleisten, die in dem Staat einer Vertragspartei eingestuft und dem Staat der anderen Vertragspartei übermittelt wurden,

geleitet von der Vorstellung, eine Regelung über den gegenseitigen Schutz von Verschlusssachen zu schaffen, die für alle zwischen den Vertragsparteien und Stellen zu schließenden Abkommen über Zusammenarbeit und zu vergebenden Aufträge, die einen Austausch von Verschlusssachen mit sich bringen, gelten soll -

sind wie folgt übereingekommen:

Artikel I
Begriffsbestimmung und Vergleichbarkeit

(1) Verschlusssachen im Sinne dieses Abkommens sind im öffentlichen Interesse geheimhaltungsbedürftige Tatsachen, Gegenstände oder Erkenntnisse, unabhängig von ihrer Darstellungsform. Insbesondere sind dies Informationen in beliebiger Form sowie beliebige Unterlagen, Erzeugnisse, Stoffe oder physikalische Felder, auf oder in welchen die Informationen sich befinden bzw. aufgezeichnet werden können und welche im Interesse der nationalen Sicherheit der Vertragsparteien, in Übereinstimmung mit dem bei ihnen geltenden Recht, schutzbedürftig gegen einen nicht genehmigten Zugriff und ordnungsgemäß als Verschlusssachen eingestuft sind. Verschlusssachen werden entsprechend ihrer Schutzbedürftigkeit von einer amtlichen Stelle oder auf deren Veranlassung eingestuft. Dazu gehören auch solche Verschlusssachen, die durch die Stellen der Vertragsparteien im Rahmen der Zusammenarbeit geschaffen sowie aufgrund des geltenden Rechts der Vertragsparteien und entsprechend den Kriterien dieses Abkommens als Verschlusssachen eingestuft wurden.

(2) Darüber hinaus gelten folgende Definitionen:

- Ursprungspartei ist die Vertragspartei, die die Verschlusssachen eingestuft und übermittelt hat;
- Empfangspartei ist die Vertragspartei, der die Verschlusssachen übermittelt werden;
- Stelle ist ein Ministerium, eine andere Behörde, eine juristische oder natürliche Person, die an der zwischenstaatlichen Zusammenarbeit oder an der Durchführung von Aufträgen im Rahmen dieses Abkommens teilnimmt;
- zuständige Behörden sind die Behörden, die für die Durchführung dieses Abkommens verantwortlich sind und gemäß Artikel 11 benannt werden;
- Verschlusssachenauftrag im Sinne dieses Abkommens ist ein Vertrag, in dessen Rahmen Verschlusssachen übermittelt oder erstellt werden sollen;
- Auftraggeber ist die Stelle, die einen Verschlusssachenauftrag vergibt;
- Auftragnehmer ist die Stelle, die einen Verschlusssachenauftrag erhält.

Artikel 2
Vergleichbarkeit

(1) Die Vertragsparteien vereinbaren, daß die Verschlusssachengrade im folgenden Sinne vergleichbar sind:

(a) Verschlusssachen aus der Bundesrepublik Deutschland werden in der Ukraine wie folgt behandelt:

Bundesrepublik Deutschland
GEHEIM
VS-VERTRAULICH
VS-NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH

Ukraine
"ЦІНКОМ ТАЄМНО"
"ТАЄМНО"
Werden gemäß der Anlage zu diesem Abkommen behandelt

(b) Verschlusssachen aus der Ukraine werden in der Bundesrepublik Deutschland wie folgt behandelt:

Ukraine	Bundesrepublik Deutschland
"ЦІЛКОМ ТАЄМНО"	GEHEIM
"ТАЄМНО"	VS-VERTRAULICH

(2) Für Verschlusssachen des Verschlusssachengrads VS-NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH finden die nachstehenden Artikel 3 Absatz 3, Artikel 4, 5 und 7, Artikel 8 Absatz 1 Satz 2 sowie Artikel 9 keine Anwendung.

Artikel 3 Schutzmaßnahmen

(1) Die Vertragsparteien treffen im Rahmen ihres innerstaatlichen Rechts alle geeigneten Maßnahmen, um Verschlusssachen, die nach diesem Abkommen übermittelt werden oder entstehen, zu schützen. Sie gewähren derartigen Verschlusssachen mindestens den gleichen Geheimschutz, wie er im Verfahren für eigene Verschlusssachen des entsprechenden Verschlusssachengrads gilt.

(2) Die Vertragsparteien werden die betreffenden Verschlusssachen nicht ohne vorherige schriftliche Zustimmung der Vertragspartei, die die Einstufung veranlaßt hat, Dritten zugänglich machen. Dies gilt insbesondere auch im Hinblick auf Archivierungs- und Offenlegungsbestimmungen der Vertragsparteien. Die Verschlusssachen werden ausschließlich für den angegebenen Zweck verwendet. Die Verschlusssachen dürfen insbesondere nur solchen Personen zugänglich gemacht werden, deren Aufgaben die Kenntnis notwendig machen.

(3) Die Verschlusssachen dürfen nur Personen zugänglich gemacht werden, die hierzu ermächtigt sind. Die Ermächtigung setzt eine Sicherheitsüberprüfung voraus, die mindestens der entspricht, die für den Zugang zu vergleichbaren eigenen Verschlusssachen erforderlich ist.

(4) Die Vertragsparteien sorgen innerhalb ihres Hoheitsgebiets für die erforderlichen Sicherheitsinspektionen und für die Einhaltung der Regelungen über den Schutz von Verschlusssachen.

Artikel 4

Vorbereitung von Verschlusssachenaufträgen

Beabsichtigt eine Vertragspartei, einen Verschlusssachenauftrag an einen Auftragnehmer im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei zu vergeben, bzw. beauftragt sie eine Stelle in ihrem Hoheitsgebiet, dies zu tun, so holt sie zuvor von der zuständigen Behörde der anderen Vertragspartei eine Versicherung dahingehend ein, daß der vorgeschlagene Auftragnehmer bis zu dem erforderlichen Verschlusssachengrad sicherheitsüberprüft ist und über geeignete Sicherheitsvorkehrungen verfügt, um einen entsprechenden Schutz der Verschlusssachen zu gewährleisten. Diese Versicherung beinhaltet die Verpflichtung sicherzustellen, daß die Schutzmaßnahmen des sicherheitsüberprüften Auftragnehmers in Einklang mit den innerstaatlichen Geheimschutzbestimmungen stehen und von den zuständigen Behörden überwacht werden.

Artikel 5

Durchführung von Verschlusssachenaufträgen

- (1) Die zuständige Behörde der Ursprungspartei ist dafür verantwortlich, daß jede Verschlusssache, die im Rahmen eines Auftrags übermittelt wird oder entsteht, in einen Verschlusssachengrad eingestuft wird. Auf Anforderung der zuständigen Behörde der Empfangspartei ist sie verpflichtet, die vorgenommenen Verschlusssachen-Einstufungen der übermittelten Verschlusssachen in Form einer Liste (Verschlusssacheneinstufungsliste) dieser mitzuteilen. In diesem Fall unterrichtet sie die zuständige Behörde der Empfangspartei gleichzeitig darüber, daß der Auftragnehmer sich gegenüber dem Auftraggeber verpflichtet hat, die Verschlusssachen, welche ihm anvertraut werden, genau wie die Verschlusssachen des eigenen Staates zu behandeln und gegebenenfalls gegenüber der zuständigen Behörde der Empfangspartei eine entsprechende Erklärung (Geheimschutzverpflichtung) abzugeben.
- (2) Sofern die zuständige Behörde der Empfangspartei eine Verschlusssacheneinstufungsliste angefordert und erhalten hat, bestätigt sie den Empfang schriftlich und leitet die Liste an den Auftragnehmer weiter.
- (3) Die zuständige Behörde der Empfangspartei stellt sicher, daß der Auftragnehmer die Verschlusssachen der anderen Vertragspartei wie Verschlusssachen des eigenen Staates nach dem jeweiligen Verschlusssachengrad behandelt.

(4) Soweit die Vergabe von Verschlusssachenunteraufträgen von der zuständigen Behörde zugelassen ist, gelten Absätze 1 bis 3 entsprechend.

(5) Die Vertragsparteien sorgen dafür, daß ein Verschlusssachenauftrag erst dann vergeben bzw. daß an den geheimschutzbedürftigen Teilen mit den Arbeiten erst dann begonnen wird, wenn die erforderlichen Geheimschutzvorkehrungen durch den Auftragnehmer getroffen worden sind oder rechtzeitig getroffen werden können.

Artikel 6 Kennzeichnung

(1) Die Empfangspartei kennzeichnet die Verschlusssachen der Ursprungspartei mit dem gemäß Artikel 2 vergleichbaren Verschlusssachengrad.

(2) Vervielfältigungen und Übersetzungen sind wie die Originale von Verschlusssachen der Ursprungspartei zu kennzeichnen und zu behandeln.

(3) Verschlusssachen, die im Staat der Empfangspartei aufgrund der von der Ursprungspartei übermittelten Verschlusssachen entstehen, sind mit dem entsprechenden Verschlusssachengrad zu versehen, mindestens jedoch mit dem Verschlusssachengrad der übermittelten Verschlusssache.

(4) Verschlusssachengrade der übermittelten Verschlusssachen werden von der Empfangspartei auf Ersuchen der Ursprungspartei geändert oder aufgehoben. Die Ursprungspartei teilt der Empfangspartei ihre Absicht, einen Verschlusssachengrad zu ändern oder aufzuheben, sechs Wochen im voraus mit.

Artikel 7 Übermittlung von Verschlusssachen

(1) Verschlusssachen werden von einem Staat in den anderen grundsätzlich durch diplomatischen oder militärischen Kurier befördert. Die zuständige Behörde bestätigt den Empfang der Verschlusssache und leitet sie gemäß den nationalen Regelungen über den Schutz von Verschlusssachen an den Empfänger weiter.

(2) Die zuständigen Behörden können im Einzelfall - allgemein oder unter Festlegung von Beschränkungen - vereinbaren, daß Verschlusssachen unter den Bedingungen des Absatzes 3 auf einem anderen als dem diplomatischen oder militärischen Kurierweg befördert werden dürfen, sofern die Einhaltung des Kurierwegs die Übermittlung unangemessen erschweren könnte.

(3) In den in Absatz 2 genannten Fällen muß

- der Befördernde zum Zugang zu Verschlusssachen des vergleichbaren Verschlusssachengrads ermächtigt sein;
- bei der absendenden Stelle ein Verzeichnis der beförderten Verschlusssachen verbleiben; ein Exemplar dieses Verzeichnisses ist dem Empfänger zur Weiterleitung an die zuständige Behörde zu übergeben;
- die Verschlusssache nach den für die Inlandsbeförderung geltenden Bestimmungen verpackt sein;
- die Übergabe der Verschlusssachen gegen Empfangsbescheinigung erfolgen;
- der Befördernde einen von der zuständigen Behörde einer der beiden Vertragsparteien ausgestellten Kurierausweis mit sich führen.

(4) Für die Beförderung von Verschlusssachen von erheblichem Umfang werden Transport, Transportweg und Begleitschutz im Einzelfall durch die zuständigen Behörden festgelegt.

(5) Die elektronische Übermittlung von Verschlusssachen muß grundsätzlich verschlüsselt erfolgen. Mittel zur Verschlüsselung bedürfen in jedem Einzelfall der Zustimmung der zuständigen Behörden beider Vertragsparteien.

Artikel 8
Besuche

(1) Personen aus dem Hoheitsgebiet einer Vertragspartei, die einen Besuch im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei durchführen, wird der Zugang zu Verschlusssachen sowie zu Einrichtungen, in denen an Verschlusssachen gearbeitet wird, nur mit vorhergehender schriftlicher Erlaubnis der zuständigen Behörde der zu besuchenden Vertragspartei gewährt. Sie wird nur Personen erteilt, die nach der erforderlichen Sicherheitsüberprüfung ihres Staates zum Zugang zu Verschlusssachen entsprechend ermächtigt sind.

(2) Die Besuche sind bei der zuständigen Behörde der Vertragspartei, in deren Hoheitsgebiet sie stattfinden sollen, nach den in diesem Hoheitsgebiet geltenden Bestimmungen schriftlich zu beantragen.

(3) Der Besuchsantrag hat folgende Angaben zu enthalten:

- a) Vor- und Familienname, Geburtsdatum und -ort sowie die Paßnummer des Besuchers;
- b) Staatsangehörigkeit des Besuchers;
- c) Dienstbezeichnung des Besuchers und Name der Stelle, die er vertritt;
- d) Grad der Ermächtigung des Besuchers für den Zugang zu Verschlusssachen;
- e) den Reisezweck sowie das vorgesehene Reisedatum;
- f) Angabe der Stellen und Objekte, deren Besuch beantragt wird;
- g) Vor- und Familienname der zu besuchenden Personen.

Die Vertragsparteien verpflichten sich, diese Angaben nicht weiterzugeben.

Artikel 9
Verletzung der Regelungen über den
gegenseitigen Schutz von Verschlusssachen

(1) Wenn eine Preisgabe von Verschlusssachen nicht auszuschließen ist, vermutet oder festgestellt wird, ist dies der anderen Vertragspartei unverzüglich mitzuteilen.

(2) Verletzungen der Regelungen über den Schutz von Verschlusssachen der anderen Vertragspartei werden von den Behörden und Gerichten der Vertragspartei, in deren Hoheitsgebiet sie geschehen sind, untersucht und die dafür verantwortlichen Personen nach dem geltenden Recht dieses Staates verfolgt. Die andere Vertragspartei unterstützt auf Anforderung diese Ermittlungen und ist über das Ergebnis zu unterrichten.

Artikel 10
Kosten

Die einer Vertragspartei bei der Durchführung von Sicherheitsmaßnahmen entstandenen Kosten werden von der anderen Vertragspartei nicht erstattet.

Artikel 11
Zuständige Behörden

Die Vertragsparteien unterrichten einander darüber, welche Behörden für die Durchführung dieses Abkommens zuständig sind.

Artikel 12
Beilegung von Streitfragen

Alle Streitfragen über die Auslegung oder die Anwendung dieses Abkommens sind auf dem Verhandlungsweg zwischen den Vertragsparteien beizulegen. Während dieser Verhandlungen erfüllen die Vertragsparteien ihre Verpflichtungen aus diesem Abkommen.

Artikel 13
Konsultationen

- (1) Die zuständigen Behörden der Vertragsparteien nehmen von den im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei geltenden Regelungen über den Schutz von Verschußsachen Kenntnis.
- (2) Um eine enge Zusammenarbeit bei der Durchführung dieses Abkommens zu gewährleisten, konsultieren die zuständigen Behörden einander auf Antrag einer dieser Behörden.
- (3) Jede Vertragspartei erlaubt den Vertretern der zuständigen Behörde der anderen Vertragspartei oder jeder im gegenseitigen Einvernehmen bezeichneten anderen Behörde, Besuche in ihrem Hoheitsgebiet zu machen, um mit Vertretern der zuständigen Behörde ihre Verfahren und Einrichtungen zum Schutz von Verschußsachen, die ihr von der anderen Vertragspartei zur Verfügung gestellt wurden, zu erörtern. Jede Vertragspartei unterstützt diese Vertreter bei der Feststellung, ob die Verschußsachen, die ihr von der anderen Vertragspartei zur Verfügung gestellt worden sind, ausreichend geschützt werden. Die Einzelheiten werden von den zuständigen Behörden festgelegt.

Artikel 14
Inkrafttreten, Geltungsdauer, Änderung, Kündigung

- (1) Mit der Unterzeichnung dieses Abkommens sind auf deutscher Seite die innerstaatlichen Voraussetzungen für das Inkrafttreten erfüllt. Dieses Abkommen tritt an dem Tag in Kraft, an dem das Ministerkabinett der Ukraine der Regierung der Bundesrepublik Deutschland notifiziert, daß die innerstaatlichen Voraussetzungen für das Inkrafttreten in der Ukraine erfüllt sind. Maßgebend ist der Tag des Eingangs dieser Notifikation.
- (2) Dieses Abkommen wird auf unbestimmte Zeit geschlossen.
- (3) Jede Vertragspartei kann jederzeit schriftlich eine Änderung dieses Abkommens beantragen. Wird von einer Vertragspartei ein entsprechender Antrag gestellt, so werden von den Vertragsparteien Verhandlungen über die Änderung des Abkommens aufgenommen.
- (4) Jede Vertragspartei kann dieses Abkommen unter Einhaltung einer Frist von sechs Monaten auf diplomatischem Weg schriftlich kündigen. Im Fall der Kündigung dieses

Abkommens bleiben die Bestimmungen des Artikels 3 hinsichtlich der aufgrund dieses Abkommens übermittelten oder beim Auftragnehmer entstandenen Verschlusssachen weiterhin gültig, solange das Bestehen der Einstufung im Staat der Ursprungspartei dies erfordert.

Geschehen zu Bonn am 29. Mai 1998 in zwei Urschriften, jede in deutscher und ukrainischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Für die Regierung
der Bundesrepublik Deutschland



Für das Ministerkabinett
der Ukraine



Anlage zum Abkommen zwischen
der Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und
dem Ministerkabinett der Ukraine
über den gegenseitigen Schutz von Verschlusssachen

**Behandlung von deutschen Verschlusssachen (VS) des Verschlusssachengrades
VS - NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH (VS-NFD)**

1. **VS des Verschlusssachengrades VS-NFD dürfen nur Personen zugänglich gemacht werden, die Kenntnis erhalten müssen (Grundsatz: Kenntnis nur, wenn nötig). Den zugangsberechtigten Personen ist dieses Merkblatt bekannt zu geben.**
2. **Über den Inhalt der VS ist Verschwiegenheit zu bewahren. Mitarbeiter, die sich zur Einhaltung dieser Verpflichtung als ungeeignet erweisen, sind von der Bearbeitung der VS auszuschließen.**
3. **Die Aufbewahrung von VS-NFD erfolgt in geschlossenen Räumen, Schränken oder Schreibtischen.**
4. **Eine Weitergabe von VS-NFD erfolgt durch Boten oder Versand im verschlossenen Umschlag. VS-NFD können an Empfänger im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei mit der Post versandt werden. Es ist sicherzustellen, daß die VS von Unbefugten nicht eingesehen werden können.**
5. **Ist beabsichtigt, VS-NFD Privatpersonen oder Unternehmen zugänglich zu machen, sind diese vertraglich zur Einhaltung der in dieser Anlage niedergelegten Regeln zu verpflichten. Gleiches gilt, wenn die Privatperson oder das Unternehmen die „VS-NFD“ eingestufte VS an einen Dritten weitergeben müssen.**
6. **Werden VS-NFD mit Informationstechnik verarbeitet oder weitergeleitet, sind sie grundsätzlich zu verschlüsseln. Mittel zur Verschlüsselung bedürfen der Zustimmung der zuständigen Behörden beider Vertragsparteien.
Sofern zwischen Absender und Empfänger für die erforderliche Übertragungsart keine Kryptiemöglichkeit besteht, die Übertragungswege keine besonderen Risiken aufweisen und keine konkreten Anhaltspunkte für eine unmittelbare Gefährdung vorliegen, können sie in Einzelfällen ungesichert übertragen werden. Absender und Empfänger haben sich in diesem Fall zuvor über die beabsichtigte Übertragung zu verständigen.**

[UKRAINIAN TEXT — TEXTE UKRAINIEN]

УГОДА
між
Урядом Федеративної Республіки
Німеччина
та
Кабінетом Міністрів України
про
взаємний захист таємної інформації

Уряд Федеративної Республіки
Німеччина
та
Кабінет Міністрів України

маючи намір забезпечити взаємний захист всієї таємної інформації, засекреченої в державі однієї Сторони та переданої в державу іншої Сторони, керуючись прагненням встановити правила взаємного захисту таємної інформації, які повинні поширюватися на всі угоди про співробітництво, що укладаються між Сторонами та організаціями, і контракти, які передбачають обмін таємною інформацією,
уклали цю Угоду про таке:

Стаття 1

Визначення та співставлення термінів

1. Таємною інформацією у розумінні цієї Угоди є факти, об'єкти або відомості незалежно від форми їх представлення, які в державних інтересах підлягають збереженню в таємниці. Зокрема, це інформація у будь-якій формі, а також будь-які документи, вироби, речовини або фізичні поля, на/в яких інформація міститься або може бути записана, і які в інтересах національної безпеки Сторін, згідно з їх чинним законодавством, підлягають захисту від несанкціонованого доступу і засекречені відповідним чином. Таємній інформації державним органом або за його розпорядженням надається ступінь секретності, що відповідає необхідному рівню захисту. Сюди також включається таємна інформація, створена організаціями Сторін у рамках співробітництва та засекречена на основі чинного законодавства Сторін та відповідно до критеріїв цієї Угоди.

2. Крім того, наступні терміни вживаються у такому значенні:

- Сторона-джерело - Сторона, яка засекретила та передала таємну інформацію;
- Сторона-одержувач - Сторона, якій передається таємна інформація;
- організація - міністерство, інший державний орган, юридична або фізична особа, що бере участь у міждержавному співробітництві або виконаві контрактів в рамках цієї Угоди;
- компетентні органи - державні органи, відповідальні за виконання цієї Угоди та визначені як такі згідно зі статтею 11;
- таємний контракт у розумінні цієї Угоди - контракт, в рамках якого повинна передаватися або створюватися таємна інформація;
- замовник - організація, яка дає замовлення в рамках таємного контракта;
- підрядник - організація, яка отримує замовлення в рамках таємного контракта.

Стаття 2

Співставлення

1. Сторони погодилися, що ступені секретності співставлятимуться таким чином:

а) Таємна інформація з Федеративної Республіки Німеччина в Україні підлягає поводженню відповідно до такого:

Федеративна Республіка Німеччина	Україна
GEHEIM VS-VERTRAULICH VS-NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH	"Цілком таємно" "Таємно" підлягає поводженню згідно з додатком до цієї Угоди

б) Таємна інформація з України у Федеративній Республіці Німеччина підлягає поводженню відповідно до такого:

Україна	Федеративна Республіка Німеччина
"Цілком таємно" "Таємно"	GEHEIM VS-VERTRAULICH

2. До таємної інформації зі ступенем секретності VS-NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH не застосовуються: пункт 3 статті 3, статті 4, 5 і 7, речення 2 пункту 1 статті 8 і стаття 9.

Стаття 3 Заходи захисту

1. Сторони в рамках свого національного законодавства вживають всіх необхідних заходів щодо захисту таємної інформації, яка передається або створюється згідно з цією Угодою. Вони забезпечують стосовно такої таємної інформації щонайменше такий самий захист, який передбачається при поводженні з власною таємною інформацією з відповідним ступенем секретності.

2. Сторони не надаватимуть доступ до зазначеної таємної інформації третій стороні без попередньої письмової згоди Сторони, за розпорядженням якої її засекречено. Це положення чинне, зокрема, щодо порядку архівування та оприлюднення, встановленого Сторонами. Таємна інформація повинна використовуватися виключно для обумовлених цілей. Зокрема, доступ до таємної інформації дозволяється надавати тільки особам, для яких він необхідний у зв'язку з виконанням службових обов'язків.

3. Доступ до таємної інформації повинен надаватися тільки уповноваженим на те особам. Надання повноважень передбачає проведення перевірки, яка щонайменше відповідає тій, яка необхідна для одержання доступу до привілейованої таємної інформації власної держави.

4. Сторони забезпечують на території власної держави проведення необхідних інспекційних перевірок та дотримання правил захисту таємної інформації.

Стаття 4
Підготовка таємних контрактів

Якщо одна Сторона має намір укласти таємний контракт з підприємцем на території держави іншої Сторони або доручає це зробити організації на території власної держави, вона попередньо робить запит компетентному органу іншої Сторони щодо підтвердження того, що передбачуваний підприємець пройшов перевірку для отримання дозволу на роботу з таємною інформацією необхідного ступеня секретності та має відповідні можливості для забезпечення належного захисту таємної інформації. Це підтвердження повинно містити зобов'язання забезпечити те, що заходи захисту, які вживає підприємець, що пройшов перевірку, відповідають національним правилам захисту таємниць, і компетентні органи здійснюють за ними нагляд.

Стаття 5
Виконання таємних контрактів

1. Компетентний орган Сторони-джерела несе відповідальність за те, що вся таємна інформація, яка передається або створюється в рамках контракта, надана грифом секретності. За запитом компетентного органу Сторони-одержувача він повинен повідомити йому надані грифи секретності переданої таємної інформації у вигляді списку (список грифів секретності). У цьому разі він одночасно сповіщає компетентному органу Сторони-одержувача, що підприємець дав зобов'язання замовнику поводитися з довіреною йому таємною інформацією так само, як і з таємною інформацією власної держави та, при необхідності, надати компетентному органу Сторони-одержувача відповідну декларацію (зобов'язання щодо захисту таємної інформації).

2. У випадку, коли компетентний орган Сторони-одержувача запитав і одержав список грифів секретності, він письмово підтверджує його одержання та надсилає список далі підприємцю.

3. Компетентний орган Сторони-одержувача повинен забезпечити, щоб підприємці поводитися з таємною інформацією іншої Сторони як з таємною інформацією відповідного ступеня секретності власної держави.

4. Якщо укладення таємних контрактів з субпідприємцями дозволено компетентним органом, відповідно є чинними пункти 1 - 3.

5. Сторони повинні забезпечити, щоб таємний контракт укладався або роботи на частинах, на які розповсюджуються вимоги щодо захисту таємної інформації, починалися тільки після того, як підприємці вжив необхідних заходів щодо захисту таємної інформації, або ж таких заходів може бути своєчасно вжито.

Стаття 6
Позначення грифами секретності

1. Сторона-одержувач надає таємній інформації Сторони-джерела відповідні грифи секретності згідно зі статтею 2.

2. Копіям та перекладам таємної інформації Сторони-джерела надаються такі самі грифи секретності, як і оригіналам, і з ними необхідно поводитись так само, як і з оригіналами.

3. Таємній інформації, яка створюється в державі Сторони-одержувача на основі таємної інформації, переданої Стороною-джерелом, надається відповідний гриф секретності, але не нижче грифа секретності переданої таємної інформації.

4. Сторона-одержувач змінює або скасовує ступінь секретності переданої таємної інформації за вимогою Сторони-джерела. Сторона-джерело сповіщає Сторону-одержувача про свій намір змінити або скасувати ступінь секретності попередньо за шість тижнів.

Стаття 7

Передача таємної інформації

1. Таємна інформація передається з однієї держави в іншу, як правило, за допомогою дипломатичних або військових кур'єрів. Компетентний орган підтверджує одержання таємної інформації та надсилає її далі одержувачу згідно з національними правилами захисту таємної інформації.

2. Компетентні органи можуть в окремому випадку домовитися в загальному вигляді або з установленням обмежень про те, що таємна інформація при виконанні умов, наведених у пункті 3, може передаватися іншим шляхом, без використання дипломатичної або військової кур'єрської служби, якщо використання кур'єрської служби не виправдано ускладнило б передачу.

3. У випадках, зазначених у пункті 2, необхідно, щоб:

- особі, яка здійснює перевезення, був оформлений допуск до таємної інформації відповідного ступеня секретності;
- в організації, яка здійснює відправлення, залишався перелік таємної інформації, що передається; один примірник цього переліку передається одержувачу для подальшої передачі компетентному органу;
- укладення таємної інформації здійснювалася згідно з правилами, встановленими для перевезення в межах держави;
- передача таємної інформації була підтверджена розпискою про її одержання;
- особа, яка здійснює перевезення, мала при собі кур'єрське посвідчення, видане компетентним органом однієї з Сторін.

4. Щодо передачі таємних матеріалів значного обсягу компетентні органи встановлюють у конкретному випадку спосіб транспортування, маршрут та супроводжуючу охорону.

5. Передача таємної інформації електронними засобами, як правило, повинна здійснюватися у зашифрованому вигляді. Засоби шифрування повинні в кожному конкретному випадку узгоджуватися компетентними органами обох Сторін.

Стаття 8
Візити

1. Особам з території держави однієї Сторони, які здійснюють візит на територію держави іншої Сторони, надається доступ до таємної інформації та на об'єкти, на яких обробляється таємна інформація, тільки за наявності попереднього письмового дозволу компетентного органу Сторони, що приймає. Дозвіл надається тільки особам, яким після необхідної перевірки в їх державі оформлено відповідний допуск до таємної інформації.

2. Щодо здійснення візиту надсилається письмовий запит до компетентного органу Сторони, на території держави якої цей візит повинен мати місце, згідно з правилами, чинними на цій території.

3. Запит на візит повинен містити такі відомості:

- а) ім'я, прізвище, дата і місце народження, номер паспорта відвідувача;
- б) громадянство відвідувача;
- в) посада відвідувача і назва організації, представником якої він є;
- г) форма допуску відвідувача до таємної інформації;
- д) мета поїдки та її передбачувана дата;
- е) назви організацій та об'єктів, щодо відвідання яких робиться запит;
- ж) ім'я та прізвища осіб, з якими передбачається зустрітись.

Сторони зобов'язуються не передавати ці відомості далі.

Стаття 9
Порушення правил взаємного захисту
таємної інформації

1. Якщо розголошення таємної інформації не може бути виключене, або ж воно припускається або встановлене, про це повинно бути негайно повідомлено іншій Стороні.

2. Порушення правил захисту таємної інформації іншої Сторони розслідуються державними органами та розглядаються судами Сторони, на території держави якої вони мали місце, а винні в них особи притягаються до відповідальності згідно з чинним законодавством цієї держави. Інша Сторона за наявності запиту надає допомогу під час проведення розслідування, їй повинні бути повідомлені результати розслідування.

Стаття 10
Витрати

Витрати однієї Сторони на здійснення заходів безпеки не підлягають відшкодуванню іншою Стороною.

Стаття 11
Компетентні органи

Сторони сповіщають одна одну про те, які державні органи є компетентними щодо виконання цієї Угоди.

Стаття 12
Вирішення спірних питань

Усі спірні питання щодо тлумачення або застосування цієї Угоди вирішуються шляхом переговорів між Сторонами. Під час цих переговорів Сторони продовжуватимуть виконувати свої зобов'язання згідно з цією Угодою.

Стаття 13
Консультації

1. Компетентні органи Сторін ознайомлюються з правилами захисту таємної інформації, чинними на території держави іншої Сторони.

2. З метою забезпечення тісного співробітництва при виконанні цієї Угоди, компетентні органи надають консультації один одному за запитом одного з них.

3. Кожна Сторона дозволяє представникам компетентного органу іншої Сторони або будь-якого іншого державного органу, визначеному за обоюсторонньою згодою, здійснювати візити на територію своєї держави для обговорення з представниками компетентного органу своїх методів та засобів захисту таємної інформації, наданої іншою Стороною. Кожна Сторона надає підтримку цим представникам при встановленні того, чи достатньо захищена таємна інформація, надана їй іншою Стороною. Подробиці уточнюються компетентними органами.

Стаття 14
**Набуття чинності, термін дії,
зміна, припинення дії**

1. З підписанням цієї Угоди внутрішньодержавні процедури, необхідні для набуття нею чинності, з німецької сторони виконано.

Ця Угода набуває чинності з дати, коли Кабінет Міністрів України сповістить Уряд Федеративної Республіки Німеччина про те, що в Україні виконано внутрішньодержавні процедури, необхідні для набуття нею чинності. Зазначеною датою вважається день надходження цього повідомлення.

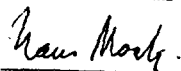
2. Термін дії цієї Угоди не обмежується.

3. Кожна Сторона може у будь-який час внести пропозицію в письмовій формі про зміни до цієї Угоди. При внесенні однією з Сторін відповідної пропозиції Сторонами будуть проведені переговори про зміни до Угоди.

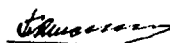
4. Кожна Сторона може припинити дію цієї Угоди, надіславши про це попередньо за 6 місяців письмове повідомлення дипломатичними каналами. У разі припинення дії Угоди зберігають чинність положення статті 3 по відношенню до таємної інформації, яка на основі цієї Угоди була передана або створена у підприємстві, так довго, скільки цього потребує порядок закріплення у державі Сторин-джерела.

Вчинено у м. Бонні ²⁹ травня 1998 р. у двох примірниках, кожен німецькою та українською мовами, причому обидва тексти мають однакову силу.

За Уряд Федеративної
Республіки Німеччина



За Кабінет Міністрів
України



**Додаток до Угоди
між
Урядом Федеративної Республіки Німеччини
та
Кабінетом Міністрів України
про взаємний захист таємної інформації**

Поводження з німецькою таємною інформацією з грифом

"VS-NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH" (VS-NID)

1. Доступ до таємної інформації з грифом VS-NID дозволяється надавати тільки особам, для яких він необхідний (принцип: зняття тільки тоді, коли воно необхідне). Особи з повноваженнями щодо доступу повинні бути ознайомлені з цим додатком.

2. Зміст такої таємної інформації повинен зберігатися в таємниці. Співробітники, які виявилися нездатними виконувати ці зобов'язання, повинні усунутися від обробки такої таємної інформації.

3. Таємна інформація з грифом VS-NID зберігається у замкнених приміщеннях, шафах або столах.

4. Подальша передача таємної інформації з грифом VS-NID здійснюється кур'єром або надісланням у запечатаній упаковці. VS-NID не має надсилатися отримувачу на територію іншої Сторони поштою. Необхідно забезпечити неможливість перегляду такої таємної інформації неуповноваженими особами.

5. Якщо передбачається надати доступ до таємної інформації з грифом VS-NID приватним особам чи підприємствам, вони повинні дати договірне зобов'язання щодо дотримання правил, вилучених у цьому додатку. Це також має силу, якщо приватна особа або підприємство повинно передати таємну інформацію з грифом VS-NID далі третій стороні.

6. Якщо таємна інформація з грифом VS-NID обробляється або передається далі за допомогою інформаційної техніки, вона обов'язково повинна бути зашифрованою. Засоби шифрування повинні узгоджуватися компетентними органами обох Сторін.

Якщо для необхідного типу передачі між відправником та одержувачем неможливість застосувати криптографічні засоби відсутня, а засіб передачі не пов'язаний з особливим ризиком і немає конкретних підстав для безпосередньої загрози, така таємна інформація може в окремих випадках передаватися у незахищеному вигляді. Відправник та одержувач у цьому випадку повинні попередньо домовитися про передбачувану передачу.

[TRANSLATION — TRADUCTION]

AGREEMENT BETWEEN THE GOVERNMENT OF THE FEDERAL REPUBLIC OF GERMANY AND THE CABINET OF MINISTERS OF UKRAINE CONCERNING MUTUAL PROTECTION OF CLASSIFIED MATERIAL

The Government of the Federal Republic of Germany and the Cabinet of Ministers of Ukraine,

Intending to ensure the mutual protection of all classified material that is given a security classification in the State of one Contracting Party and transmitted to the State of the other Contracting Party,

Desiring to establish rules for the mutual protection of classified material to be applied to all cooperation agreements and contracts to be concluded between the Contracting Parties and their agencies in which an exchange of classified material is involved,

Have agreed as follows:

Article 1. Definition of terms and comparability

(1) For the purposes of this Agreement, classified material means facts, items or information in any form whatsoever that must be kept secret in the public interest. In particular, this includes information in any form, as well as documents, articles, materials or physical fields on or in which information is found or may be recorded that must be protected against unauthorized access and has been given an official security classification in the interests of the national security of the Contracting Parties and in conformity with their applicable laws.

Classified material shall be given, or caused to be given, a security classification by an official agency in accordance with the level of protection required. This shall also include classified material that is produced by the agencies of the Contracting Parties in the framework of cooperation and given a security classification in accordance with the applicable laws of the Contracting Parties and the criteria set forth under this Agreement.

(2) The following definitions shall apply:

The originating Party means the Contracting Party that has given a security classification to and transmitted the classified material;

The receiving Party means the Contracting Party to which the classified material is transmitted;

An agency means a ministry or other authority, a body corporate or an individual that participates in international cooperation or in executing contracts within the framework of this Agreement;

Competent authorities mean the authorities responsible for the implementation of this Agreement and designated in accordance with article 11;

For the purposes of this Agreement, a classified contract means a contract involving the transmittal or production of classified material;

The awarder of the contract means the agency which awards the classified contract;
The contractor means the agency that is awarded the classified contract.

Article 2. Comparability

(1) The Contracting Parties have agreed that the following security classifications are comparable:

(a) Classified material from the Federal Republic of Germany shall be treated in Ukraine as follows:

Federal Republic of Germany	Ukraine
GEHEIM (secret)	"ЦІЛКОМ ТАЄМНО"
VS-VERTRAULICH (confidential)	"ТАЄМНО"
VS-NUR FÜR DIENSTGEBRAUCH (restricted)	To be handled as per the terms of the Annex to this Agreement.

(b) Classified material from Ukraine shall be treated in the Federal Republic of Germany as follows:

Ukraine	Federal Republic of Germany
"ЦІЛКОМ ТАЄМНО"	GEHEIM (secret)
"ТАЄМНО"	VS-VERTRAULICH (confidential)

(2) The provisions of article 3, paragraph 3, articles 4, 5 and 7, article 8, paragraph 1, second sentence, and article 9 shall not apply to classified material bearing the security classification "restricted" (VS-NUR FÜR DIENSTGEBRAUCH).

Article 3. Security measures

(1) The Contracting Parties shall, within the framework of their national laws, take all appropriate measures for the protection of classified material which is transmitted or produced pursuant to this Agreement. They shall afford such classified material security protection at least equal to that prescribed for their own classified material of the corresponding security classification.

(2) The Contracting Parties shall not afford third parties access to the classified material concerned without the prior written consent of the Contracting Party responsible for having classified it. This shall be the case notwithstanding the regulations of the Contracting Parties concerning public records and disclosure. Classified material shall be used only for the stated purpose. In particular, access to classified material may be granted only to persons whose duties necessitate knowledge thereof.

(3) Access to classified material may be granted only to persons who are authorized therefor. Authorization shall be subject to security screening, which must be at least as thorough as that for access to comparable national classified material.

(4) The Contracting Parties shall, within their respective territories, provide for the necessary security checks and ensure compliance with the rules concerning protection of classified material.

Article 4. Preparation of classified contracts

If a Contracting Party intends to award a classified contract to a contractor in the territory of the other Contracting Party, or commissions an agency in its territory to do so, it shall first obtain a declaration from the competent authority of the other Contracting Party that the prospective contractor has received security clearance at the requisite level and can take the appropriate security measures to guarantee adequate protection of the classified material. The declaration shall include an undertaking to ensure that the security measures taken by the screened contractor are compatible with domestic provisions regulating the protection of classified material and are subject to scrutiny by the competent authorities.

Article 5. Execution of classified contracts

(1) The competent authority of the originating Party shall ensure that each item of classified material transmitted or produced within the framework of the contract is assigned a security classification. At the request of the competent authority of the receiving Party, it shall communicate to the said authority, in list form (list of security classifications), the security classifications assigned to the classified material transmitted. In such case, it shall at the same time inform the competent authority of the receiving Party that the contractor has given the awarder of the contract assurances that it will treat the classified material entrusted to it in exactly the same way as classified material of its own State and, if required, will submit a declaration to that effect to the competent authority of the receiving Party (confidentiality undertaking).

(2) Insofar as the competent authority of the receiving Party requests and receives a list of security classifications of the classified material, it shall acknowledge receipt in writing and forward the list to the recipient of the contract.

(3) The competent authority of the receiving Party shall ensure that the contractor treats the classified material of the other Contracting Party in the same way as it would classified material of its own State assigned a corresponding security classification.

(4) Insofar as the competent authority authorizes the award of classified subcontracts, paragraphs 1 to 3 shall apply analogously.

(5) The Contracting Parties shall ensure that a classified contract is granted or that the execution of those parts of a contract involving classified material requiring security protection is embarked upon only when the requisite security measures have been taken by the contractor or can be taken in a timely manner.

Article 6. Marking

(1) The receiving Party shall mark the classified material of the originating Party with the comparable security classification provided for under article 2.

(2) Copies and translations shall be treated and marked in the same way as the originals of classified material of the originating Party.

(3) Classified material produced in the State of the receiving Party on the basis of classified material transmitted by the originating Party shall be assigned the appropriate security classification, which shall be at least equivalent to that assigned to the transmitted classified material.

(4) Classifications of transmitted classified material shall be changed or rescinded by the receiving Party at the request of the originating Party. The originating Party shall inform the receiving Party six weeks in advance of its intention to change or rescind the classification.

Article 7. Conveyance of classified material

(1) Classified material shall as a rule be conveyed from one State to the other by diplomatic or military courier. The competent authority shall acknowledge receipt of the classified material and forward it to the addressee in accordance with national regulations for the protection of classified material.

(2) The competent authorities may in particular cases agree, generally or subject to certain limitations, that classified material may, subject to the conditions set forth in paragraph 3, be conveyed by means other than by diplomatic or military courier, where conveyance by courier would render delivery unduly difficult.

(3) In the cases referred to in paragraph 2:

The individual conveying the item must be authorized to have access to classified material of a comparable security classification;

A list of the classified material conveyed must be deposited with the sending authority; a copy of the list shall be transmitted to the addressee for forwarding to the competent authority;

The item of classified material must be packaged in accordance with the regulations in force for conveyance within the country;

Delivery of the classified material must be effected against a certificate of receipt;

The person conveying the item must carry a courier pass issued by the competent authorities of either of the Contracting Parties.

(4) If the classified material to be conveyed is of considerable bulk, the method of transport, transport route and type of escort shall be decided upon by the authorities on a case-by-case basis.

(5) Electronic transmittal of classified material must as a rule be encrypted. The method of encryption must be approved in each case by the competent authorities of both Contracting Parties.

Article 8. Visits

(1) Persons from the territory of one Contracting Party making a visit in the territory of the other Contracting Party shall have access to classified material and facilities where classified material is handled only with the prior written permission of the competent authority of the Contracting Party to be visited. Permission shall be given only to persons authorized to have access to classified material in accordance with the requisite security screening measures of their own State.

(2) Permission to visit must be requested in writing from the competent authority of the Contracting Party in whose territory the visit is to take place in accordance with the regulations in force in that territory.

(3) The visit request shall contain the following information:

(a) The given and family names, date and place of birth and passport number of the visitor;

(b) The visitor's nationality;

(c) The visitor's official title and the name of the agency that he or she represents;

(d) The extent of the visitor's authorization to access classified material;

(e) The purpose and date of travel;

(f) The places and things to be visited;

(g) The given and family names of the persons to be visited.

The Contracting Parties undertake not to pass on this information.

Article 9. Breaches of the rules governing mutual protection of classified material

(1) Where disclosure of classified material cannot be ruled out, or is suspected or discovered, this shall be reported to the other Contracting Party without delay.

(2) Breaches of the rules governing the protection of classified material of the other Contracting Party shall be investigated by the authorities and courts of the Contracting Party in whose territory they have occurred, and the persons responsible according to the laws of that State shall be prosecuted. The other Contracting Party shall, on request, support the investigation and shall be informed about the outcome.

Article 10. Costs

Costs incurred by one Contracting Party in connection with the implementation of security measures shall not be reimbursed by the other Contracting Party.

Article 11. Competent authorities

The Contracting Parties shall inform one another which authorities are competent for the implementation of this Agreement.

Article 12. Settlement of disputes

All disputes arising in connection with the interpretation or application of this Agreement shall be settled by negotiation between the Contracting Parties. The Contracting Parties shall fulfil their obligations under this Agreement while negotiations are proceeding.

Article 13. Consultations

(1) The competent authorities of the Contracting Parties shall take note of the rules in force in the territory of the other Contracting Party concerning protection of classified material.

(2) In order to guarantee close cooperation in the implementation of this Agreement, the competent authorities shall consult each other at the request of one of the said authorities.

(3) Each Contracting Party shall allow representatives of the competent authority of the other Contracting Party or any other authority designated by mutual agreement to make visits in its territory in order to discuss with representatives of the competent authority its procedures and systems for the protection of classified material made available by the other Contracting Party. Each Contracting Party shall assist these representatives in establishing whether the classified material made available by the other Contracting Party has been accorded sufficient protection. The details shall be worked out by the competent authorities.

Article 14. Entry into force, period of validity, amendments and denunciation

(1) The signing of this Agreement shall complete the domestic requirements on the German side for its entry into force.

This Agreement shall enter into force on the date on which the Cabinet of Ministers of Ukraine notifies the Government of the Federal Republic of Germany that the domestic requirements for its entry into force in Ukraine have been completed. The relevant date shall be the date on which such notification is received.

(2) This Agreement is concluded for an indefinite period.

(3) Each Contracting Party may request an amendment to this Agreement in writing at any time. Should a Contracting Party make such a request, the Contracting Parties shall enter into negotiations on the amendment of the Agreement.

(4) Each Contracting Party may denounce this Agreement upon six months' prior notice in writing through the diplomatic channel. In the case of denunciation of this Agreement the provisions of article 3 shall continue to apply to classified material transmitted under this Agreement or produced by the contractor, as long as the existence of a security classification in the State of the originating Party requires.

DONE at Bonn on 29 May 1998, in duplicate in the German and Ukrainian languages,
both texts being equally authentic.

For the Government of the Federal Republic of Germany:

HANS-FRIEDRICH VON PLOETZ

For the Cabinet of Ministers of Ukraine:

PAWLO MYSNYK

ANNEX TO THE AGREEMENT BETWEEN THE GOVERNMENT OF THE FEDERAL REPUBLIC OF GERMANY AND THE CABINET MINISTERS OF UKRAINE CONCERNING MUTUAL PROTECTION OF CLASSIFIED MATERIAL

Treatment of German classified material with the security classification "restricted" (VS-NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH (VS-NfD))

(1) Access to classified material with the security classification "restricted" may be granted only to persons who require knowledge thereof (i.e., on a need-to-know basis). This instruction sheet shall be brought to the attention of persons authorized for access.

(2) The classified material shall be kept confidential. Employees who prove inadequate in complying with this obligation shall be excluded from working with classified material.

(3) Classified material with a restricted security classification shall be stored in locked rooms, cupboards or desks.

(4) Classified material with a restricted security classification shall be conveyed via messengers or carriers in sealed envelopes. Such material may be sent to addressees in the territory of the other Contracting Party by post. Care must be taken that the classified material cannot be examined by unauthorized persons.

(5) If access to classified material with a restricted security classification is to be granted to private individuals or enterprises, they must commit themselves contractually to comply with the rules set forth in this Annex. The same shall apply if the private individual or enterprise has to disclose the classified material with a restricted security classification to third parties.

(6) If classified material with a restricted security classification is processed or forwarded using information technology, it shall, as a rule, be encrypted. The competent authorities of both Contracting Parties must approve the method used for encryption.

If as it is not possible to encrypt the material for the required mode of transmission between the sender and the receiver and if the route of transmission presents no particular risks and there is no concrete evidence suggesting the presence of an imminent threat, the material may in particular cases be transmitted unsecured. In such cases, the sender and recipient shall agree in advance on the intended mode of transmission.

[TRANSLATION — TRADUCTION]

ACCORD ENTRE LE GOUVERNEMENT DE LA RÉPUBLIQUE FÉDÉRALE
D'ALLEMAGNE ET LE CABINET MINISTÉRIEL DE L'UKRAINE CON-
CERNANT LA PROTECTION RÉCIPROQUE DES PIÈCES CLASSIFIÉES

Le Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne et le Cabinet ministériel de l'Ukraine,

Ayant l'intention de réglementer la protection réciproque de toutes les pièces qui sont classifiées sur le territoire de l'une des Parties contractantes et remises à l'État de l'autre Partie contractante,

Ayant comme objectif d'instaurer une réglementation concernant la protection réciproque des pièces classifiées qui s'applique à tous les accords de coopération à conclure entre les Parties contractantes et les organes et aux contrats à venir impliquant l'échange de pièces classifiées,

Sont convenus de ce qui suit :

Article premier. Définitions et équivalence

1. Au sens du présent Accord, on entend par «pièces classifiées» les faits, objets ou résultats de déterminations, quelle que soit la forme qu'ils revêtent, qui doivent être protégés dans l'intérêt public. Il s'agit en particulier d'informations sous quelque forme que ce soit ainsi que de toute pièce, produit, matière ou domaine physique sur lequel ou à l'intérieur duquel les informations se trouvent ou d'où elles peuvent être extraites et qui, dans l'intérêt de la sûreté nationale d'une des Parties contractantes, en conformité avec leur droit applicable, doit être protégé contre tout accès non autorisé et doit dans les règles être considéré comme pièce classifiée. Ces pièces reçoivent une classification conforme à la protection qui leur est nécessaire d'un organe officiel ou sur ordre d'un tel organe. À cette catégorie appartiennent aussi les pièces classifiées qui sont obtenues par des organes des Parties contractantes dans le cadre de la coopération et qui ont été classifiées en application du droit des Parties contractantes et conformément aux critères du présent Accord.

2. Les autres définitions suivantes sont d'application :

Par «Partie contractante d'origine», on entend la Partie contractante qui a classifié les pièces et les a remises;

Par «Partie contractante destinataire», on entend la Partie contractante à laquelle les pièces classifiées sont remises;

Par «organe», on entend un ministère, un autre service officiel, une personne physique ou morale qui participe à la coopération bilatérale ou à l'exécution de contrats dans le cadre du présent Accord;

Par «autorités compétentes», on entend les autorités qui sont chargées de l'application du présent Accord et sont désignées conformément aux dispositions de l'article 11 de celui-ci;

Par «contrat concernant des pièces classifiées» au sens du présent Accord, on entend un accord dans le cadre duquel des pièces classifiées sont remises ou doivent être obtenues;

Par «bailleur d'ordre», on entend un organe qui passe un contrat concernant des pièces classifiées;

Par «contractant», on entend un organe qui obtient un contrat concernant des pièces classifiées.

Article 2. Équivalence

1. Les Parties contractantes conviennent des équivalences ci-après des classifications :

a) Les pièces classifiées en provenance de République fédérale d'Allemagne sont traitées comme suit en Ukraine:

République fédérale d'Allemagne	Ukraine
GEHEIM	"ЦІЛКОМ ТАЄМНО"
VS-VERTRAULICH	"ТАЄМНО"
VS-NUR FÜR DIENSTGEBRAUCH	Sont traitées conformément à la pièce jointe au présent Accord

b) Les pièces classifiées en provenance d'Ukraine sont traitées comme suit en République fédérale d'Allemagne :

Ukraine	Federal Republic of Germany
"ЦІЛКОМ ТАЄМНО"	GEHEIM
"ТАЄМНО"	VS-VERTRAULICH

2. Les dispositions du paragraphe 3 de l'article 4, des articles 4, 5 et 7, de la deuxième phrase du paragraphe 1 de l'article 8, ainsi que de l'article 9 ne s'appliquent pas aux pièces classifiées VS-NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH.

Article 3. Mesures de protection

1. Dans le cadre de leur législation, les Parties contractantes prennent toutes mesures propres à protéger les pièces classifiées qui sont remises ou obtenues conformément aux dispositions du présent Accord. Elles accordent à ces pièces classifiées au moins la même protection que celle qui s'applique à leurs propres pièces classifiées de catégorie équivalente.

2. Les Parties contractantes ne communiquent pas à des tiers les pièces classifiées concernées sans avoir obtenu auparavant l'autorisation écrite de la Partie contractante qui les a classifiées. Ceci vaut en particulier aux dispositions des Parties contractantes relatives à

l'archivage ou à la publication. Les pièces classifiées sont utilisées uniquement aux fins indiquées. En particulier, seules les personnes qui ont besoin d'en connaître aux fins du service peuvent avoir accès à ces pièces.

3. L'accès aux pièces classifiées est réservé aux seules personnes à ce habilitées. L'autorisation d'accès est subordonnée à un examen de sécurité qui est au moins équivalent à celui que la Partie contractante exige pour l'accès à ses propres pièces classifiées.

4. Sur leur propre territoire, les Parties contractantes garantissent que les inspections de sécurité nécessaires ont lieu et que les règlements concernant la protection des pièces classifiées sont respectés.

Article 4. Établissement des contrats concernant des pièces classifiées

La Partie contractante qui a l'intention de conclure un contrat concernant des pièces classifiées avec un contractant sur le territoire de l'autre Partie contractante ou qui charge un organe situé sur son territoire de conclure un tel contrat, obtient auparavant des autorités compétentes de l'autre Partie contractante une assurance que le contractant prévu a fait l'objet d'un examen de sécurité jusqu'au degré de classification nécessaire et peut prendre des dispositions de sécurité appropriées pour garantir la protection nécessaire des pièces classifiées. Au titre de cette assurance, elle doit obtenir l'engagement que les mesures de protection du contractant qui a subi l'examen de sécurité sont conformes aux dispositions de droit interne relatives à la protection des pièces classifiées et sont soumises à la surveillance des autorités compétentes.

Article 5. Exécution des contrats concernant des pièces classifiées

1. Il incombe aux autorités compétentes de la Partie contractante d'origine de veiller à l'attribution d'un degré de classification à toutes les pièces classifiées remises ou obtenues dans le cadre d'un contrat. À la demande des autorités compétentes de la partie destinataire, elles sont tenues de communiquer à celle-ci les degrés de classification attribués dans une liste (liste des degrés de classification). Dans ce cas, elle informe simultanément les autorités compétentes de la Partie contractante destinataire de ce que le contractant s'est engagé auprès du bailleur d'ordre à traiter les pièces classifiées qui lui sont confiées tout comme s'il s'agissait de pièces classifiées de son propre État et, le cas échéant, à remettre une déclaration dans ce sens (engagement de protection du secret) aux autorités compétentes de la Partie contractante destinataire.

2. Les autorités compétentes de la Partie contractante destinataire qui ont demandé et obtenu une liste des degrés de classification accusent par écrit réception de cette liste qu'elle transmettent au contractant.

3. Les autorités compétentes de la Partie contractante destinataire s'assurent que le contractant traite les pièces classifiées de l'autre Partie comme s'il s'agissait de pièces classifiées de son propre État conformément à son degré de classification.

4. Les dispositions des paragraphes 1 à 3 du présent article s'appliquent mutatis mutandis à la passation de contrats concernant des pièces classifiées qui est autorisée par les autorités compétentes.

5. Les Parties contractantes veillent à ce que les contrats concernant des pièces classifiées ne soient conclus et à ce que le travail qui porte sur des parties classifiées ne commence qu'une fois que les dispositions nécessaires pour assurer leur secret ont été prises ou peuvent être prises en temps utile.

Article 6. Marquage

1. La Partie contractante destinataire marque les pièces classifiées de la Partie d'origine selon le degré de classification équivalent conformément aux dispositions de l'article 2 du présent Accord.

2. Les reproductions et traductions sont marquées et sont traitées tout comme l'original des pièces classifiées remis de la Partie contractante d'origine.

3. Les pièces classifiées qui sont obtenues sur le territoire de la Partie contractante destinataire à partir de pièces classifiées remises par la Partie destinataire d'origine sont marquées du degré de classification correspondant qui, dans tous les cas, doit être au moins équivalent au degré de classification de la pièce classifiée remise.

4. Le degré de classification des pièces classifiées remises est modifié ou supprimé par la Partie contractante destinataire à la demande de la Partie contractante d'origine. Celle-ci communique à la Partie contractante destinataire son intention de modifier ou de supprimer un degré de classification avec un préavis de six semaines.

Article 7. Remise de pièces classifiées

1. Les pièces classifiées sont remises depuis un État dans un autre par courrier diplomatique ou militaire. Les autorités compétentes accusent réception des pièces classifiées et les transmettent au destinataire conformément à leur réglementation nationale relative à la protection des pièces classifiées.

2. Les autorités compétentes peuvent convenir dans certains cas de manière générale ou dans certaines conditions que les pièces classifiées peuvent être transportées conformément aux dispositions du paragraphe 3 du présent article par une voie autre qu'un courrier diplomatique ou militaire dans la mesure où l'acheminement par courrier pourrait poser des difficultés excessives.

3. Dans les cas visés au paragraphe 2 du présent article :

Le transporteur doit être habilité à avoir accès aux pièces de degré de classification équivalent;

Un état des pièces classifiées transportées est conservé par l'organe qui les envoie; un exemplaire de cet état remis au destinataire pour qu'il le transmette aux autorités compétentes;

Les pièces classifiées sont emballées conformément aux dispositions en vigueur pour leur transport sur le territoire de la partie concernée;

La remise des pièces classifiées se fait contre accusé de réception;

Le transporteur est porteur d'une pièce d'identité de courrier établie par les autorités compétentes de l'une des Parties contractantes.

4. Pour le transport de pièces classifiées volumineuses, les autorités compétentes déterminent lui-même le transport et son itinéraire, ainsi que les mesures de protection pour son accompagnement dans chaque cas.

5. La transmission électronique des pièces classifiées doit en principe être codée. Les moyens de codage doivent dans chaque cas être approuvés par les autorités compétentes des deux Parties contractantes.

Article 8. Visites

1. Les personnes en provenance du territoire de l'une des Parties contractantes et en visite sur le territoire de l'autre Partie ne sont autorisées à avoir accès aux pièces classifiées, ainsi qu'aux établissements où des travaux sont consacrés à ces pièces, qu'avec l'autorisation préalable écrite des autorités compétentes de la Partie contractante visitée. Cette autorisation n'est délivrée qu'aux personnes qui sont habilitées à avoir accès aux pièces classifiées après avoir subi les examens de sécurité requis par le droit de leur État.

2. Les visites sont annoncées par écrit aux autorités compétentes de la Partie contractante sur le territoire de laquelle elles doivent avoir lieu, conformément aux dispositions en vigueur sur ce territoire.

3. Les demandes d'autorisation comportent les indications ci-après :

a) Prénom et nom de famille, date et lieu de naissance et numéro de passeport du visiteur;

b) Nationalité du visiteur;

c) Fonctions du visiteur et nom de l'organe qu'il représente;

d) Degré d'habilitation du visiteur à l'accès aux pièces classifiées;

e) Objet du voyage et date de voyage prévue;

f) Indication du lieu et des pièces pour lesquels la visite est demandée;

g) Prénom et nom de famille des personnes à visiter.

Les Parties contractantes s'engagent à ne pas divulguer ces indications.

Article 9. Infraction aux règlements concernant la protection réciproque des pièces classifiées

1. La divulgation de pièces classifiées, lorsqu'elle n'est pas à exclure ou qu'elle est présumée ou constatée doit être signalée sans retard à l'autre Partie contractante.

2. Les infractions aux règlements concernant la protection des pièces classifiées de l'autre Partie contractante font l'objet d'un examen de la part des autorités et des tribunaux de la Partie contractante sur le territoire de laquelle elles ont eu lieu et les personnes qui en sont responsables sont poursuivies conformément à la législation de cet État. L'autre Partie appuie sur demande ces enquêtes et est informée de leurs résultats.

Article 10. Coûts

Les coûts encourus par l'une des Parties contractantes pour appliquer les mesures de sécurité ne sont pas remboursés par l'autre Partie.

Article 11. Autorités compétentes

Chacune des Parties contractantes informe l'autre des autorités qui sont compétentes pour l'application du présent Accord.

Article 12. Règlement des différends

Tous les différends concernant l'interprétation ou l'application du présent Accord sont réglés par voie de négociation entre les Parties contractantes. En attendant l'issue de ces négociations, chacune des Parties contractantes s'acquitte des obligations qui découlent du présent Accord.

Article 13. Consultations

1. Les autorités compétentes des Parties contractantes prennent connaissance des règlements en vigueur sur le territoire de l'autre partie concernant la protection des pièces classifiées.

2. Pour garantir une collaboration étroite aux fins de l'application du présent Accord, les autorités compétentes se consultent à la demande de l'une d'elles.

3. Chacune des Parties contractantes autorise les représentants des autorités compétentes de l'autre Partie ou toutes autres autorités désignées d'un commun accord à venir sur son territoire discuter avec les représentants des autorités compétentes au sujet des procédés et des installations qui servent à protéger les pièces classifiées mises à sa disposition par cette autre Partie. Chacune des Parties contractantes apporte son appui à ces représentants pour déterminer si une protection suffisante est accordée aux pièces classifiées mises à sa disposition par l'autre Partie. Les détails sont arrêtés par les autorités compétentes.

Article 14. Entrée en vigueur, durée, modification, dénonciation

1. La signature du présent Accord remplit pour la partie allemande les conditions que le droit interne allemand met à son entrée en vigueur. Le présent Accord entrera en vigueur à la date à laquelle le Cabinet ministériel de l'Ukraine aura notifié au Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne que les conditions prévues par son droit interne pour cette entrée en vigueur en Ukraine sont remplies. Cette date sera celle de réception de cette notification.

2. Le présent Accord est conclu pour une durée indéterminée.

3. Chacune des Parties contractantes peut demander par écrit à tout moment une modification du présent Accord. Dans ce cas, les Parties contractantes entament des négociations aux fins de cette modification.

4. Chacune des Parties contractantes peut dénoncer le présent Accord par écrit par la voie diplomatique avec un préavis de six mois. En cas de dénonciation, les dispositions de l'article 3 du présent Accord continuent de s'appliquer aux pièces classifiées remises ou obtenues par le contractant sur la base du présent Accord tant que la classification sur le territoire de la Partie contractante d'origine l'exige.

Fait à Bonn, le 29 mai 1998 en deux exemplaires originaux, chacun en langues allemande et ukrainienne, les deux textes faisant également foi.

Pour le Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne :

HANS-FRIEDRICH VON PLOETZ

Pour le Cabinet ministériel de l'Ukraine :

PAWLO MYSNYK

PIÈCE JOINTE À L'ACCORD ENTRE LE GOUVERNEMENT DE LA RÉPUBLIQUE
FÉDÉRALE D'ALLEMAGNE ET LE CABINET MINISTÉRIEL DE L'UKRAINE CON-
CERNANT LA PROTECTION RÉCIPROQUE DES PIÈCES CLASSIFIÉES

Traitement des pièces classifiées allemandes du degré de classification VS-NUR FÜR
DEN DIENSTGEBRAUCH (VS-NfD)

1. Seules ont accès aux pièces classifiées du degré de classification VS-NfD les personnes qui ont besoin d'en connaître (principe du besoin d'en connaître). La présente feuille d'information doit être portée à la connaissance de ces personnes.

2. La teneur des pièces classifiées doit être tenue secrète. Il convient d'exclure des personnes habilitées à traiter ces pièces celles qui ne sont pas aptes à respecter cette obligation.

3. Les VS-NfD sont conservées dans des locaux, des armoires ou des bureaux fermés.

4. La remise des VS-NfD se fait par courrier ou par envoi sous pli fermé. Les VS-NfD peuvent être envoyées par la poste au destinataire sur le territoire de l'autre Partie contractante. Il convient de s'assurer qu'aucune personne non habilitée ne peut prendre connaissance des pièces classifiées.

5. S'il est envisagé de permettre à des particuliers ou à des entreprises d'avoir accès à des VS- NfD, il convient d'obtenir d'eux un engagement contractuel de respecter les règles définies dans la présente pièce jointe. Il en est de même si ces particuliers ou ces entreprises doivent communiquer des pièces classifiées VS-NfD à des tiers.

6. Les VS-NfD qui sont traités ou transmis électroniquement doivent en principe être codées. Les moyens de codage doivent être approuvés par les autorités compétentes des deux Parties contractantes. S'il n'existe pas, entre expéditeur et destinataire, de possibilité de codage pour la transmission nécessaire, que les moyens de transmission ne présentent pas de risque particulier et qu'il n'existe aucun élément concret faisant craindre un danger direct, les VS-NfD peuvent être transmis sans codage dans des cas particuliers. L'expéditeur et le destinataire doivent dans ce cas s'avertir de la transmission projetée.